



Herausgeber: DPoIG Bremen

Industriestraße 12
28199 Bremen
Telefon (0421) 94 902 51
Telefax (0421) 94 902 52

info@dpolg-bremen.de
www.dpolg-bremen.de
V.i.S.d.P.: Jörn Schulze
Telefon: (0151) 504 719 06

5. Mai 2015

Wirtschaft vor Verfassung?

Deutsche Polizeigewerkschaft kritisiert Bremens Wirtschaftssenator

Die Deutsche Polizeigewerkschaft Bremen (DPoIG) zeigt sich entsetzt von der durch den aktuellen Bahnstreik motivierten Forderung des Wirtschaftssenators, die Bundesregierung solle das Tarifeinheitsgesetz zügig vorlegen.

„Von einem Senator erwarten wir, dass ihm die Verfassung bekannt und wichtig ist – das Streikrecht als Mittel des Arbeitskampfes ist Grundrecht eines jeden Bürgers unseres Landes,“ sagte Jörn Schulze, Landesvorsitzender der Gewerkschaft. Einzelnen, in vermeintlich kleinen Gewerkschaften organisierten Beschäftigten dieses Recht per Gesetz abzusprechen sei „schlicht verfassungswidrig – das sollte auch Herr Günthner wissen,“ so Schulze weiter. „Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung sind wichtig, aber sie stehen nicht über dem Grundgesetz – im Gegenteil, das Grundgesetz ermöglicht beides erst.“

Es sei erschreckend, dass die Politik bundesweit mehr und mehr dazu übergehe, Gesetze wider besseren Wissens zu erlassen, um sich dann später in Karlsruhe die Ohrfeigen für ihr Versagen abzuholen.

Schulze ist „vor allem enttäuscht, dass es ausgerechnet die SPD ist, die nun Arbeitnehmerrechte mit Füßen tritt – immerhin reden wir hier von der Partei, die im Zuge der Industrialisierung Arbeitnehmerrechte erst möglich gemacht und durchgesetzt hat. Es ist traurig, dass sich die SPD später jahrzehntelang auf dieser historischen Wahrheit ausgeruht hat und sich nun offenbar ganz von ihren Inhalten abwendet.“